

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/034(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 19.09.2007	Altes Rathaus Beimzimmer	17:00Uhr	20.00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Bürgersprechstunde
- 2 Festsetzung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.07.2007
- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Haushaltsplan
 - Haushaltssatzung 2008
 - Finanzplan bis 2001
 - Stellenplan 2008BE: FB 02, Frau Jürgens
Vorlage: DS0419/07

- 4.2 Haushaltskonsolidierungsmaßnahme Nr. 115 "Reduzierung Zuschüsse der AQB/GISE GmbH"
BE: Amt 50, Herr Fahlke
Vorlage: DS0297/07

- 4.3 Haushaltskonsolidierungsmaßnahme Nr. 113 "Entlastung Ausgaben Hartz IV (ehemals "Bürgerarbeit")"
BE: Amt 50, Herr Fahlke
Vorlage: DS0298/07

- 5 Informationen

- 5.1 Finanzielle Auswirkungen Hartz IV in 2007
BE: Amt 50
Vorlage: I0193/07

- 5.2 Stand der Pandemieplanung
BE: Amt 53
Vorlage: I0170/07

- 6 Anträge

- 6.1 Errichtung eines Sozialkaufhauses im Stadtteil Neustädter Feld
BE: Amt 50, Herr Fahlke
Vorlage: A0037/07

- 7 Entwicklung HIV/AIDS-Betroffene in Magdeburg
BE: AidsHilfe Magdeburg e.V., GF Herr Warminsky

- 8 Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Altenhilfe"
BE: Stadtrat Dr. Reichel

- 9 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Thorsten Giefers

Mitglieder des Gremiums

Vors. des Stadtrates Jens Ansorge

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Dr. Jürgen Hildebrand

Stadtrat Dr. Gerhard Reichel

Stadtrat Johannes Rink

Beratende Mitglieder

Stadträtin Birgit Kriese

Stadtrat Mirko Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Dieter Weigelt

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Norbert Bischoff

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Annett Hörold

Sachkundiger Einwohner Klaus-Peter

Westphal

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Bürgersprechstunde

Stadtrat Giefers eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Eine Bürgersprechstunde findet nicht statt, da sich keine Bürger eingefunden haben.

2. Festsetzung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt. Stadtrat Giefers schlägt vor die DS 0419/07/Haushaltsplan aufgrund des Umfangs als erste Lesung zu betrachten. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Die Tagesordnung wird mit 5-0-0 angenommen.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.07.2007

Zur Niederschrift vom 11.07.2007 gibt es keine Anmerkungen.
Abstimmungsergebnis: 5-0-0

4. Beschlussvorlagen

4.1. Haushaltsplan

- Haushaltssatzung 2008
 - Finanzplan bis 2001
 - Stellenplan 2008
- BE: FB 02, Frau Jürgens
Vorlage: DS0419/07
-

Anwesend zu diesem TOP sind Herr Hartung, Frau Jürgens sowie Frau Kuhnold vom Fachbereich Finanzservice. Wie eingehend durch die Stadträte beschlossen, wird die Vorstellung der DS als erste Lesung betrachtet.

Herr Hartung informiert das als Grundlage für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes 2008 die DS 0086/07 (Zustimmungsbeschluss zu den Kommunalraufsichtlichen Entscheidungen des LVwA zur Haushaltssatzung 2007 der LH MD) i.V.m. der Information I0053/07. Im Verwaltungshaushalt ist ein Fehlbedarf von 104 Tsd. EUR zu verzeichnen. Ausgabeerhöhungen sind z. B. für Leistungen der Sozialhilfe nötig. Ausgabeverringerungen sind bei der Leistungsbeteiligung nach SGB II und bei der Gewerbesteuerumlage entstanden. Positiv äußert sich Herr Hartung zur Entwicklung im Gewerbesteuerbereich. Der Haushaltsplan 2008 und die mittelfristige Finanzplanung konnten nicht ausgeglichen werden. Die Erstattungen vom Land sind gegenüber 2007 unverändert. Bei den Personalkosten sind Einsparungen in Höhe von 3,5 Mio EUR zu erwarten. Fast alle Dezernate konnten ihre Budgets einhalten. Das Dezernat V hielt sich an den Vorjahreswert, was auch als lobenswert zu bezeichnen ist.

Im Zuschussbereich hat das Dezernat 64.000 EUR weniger zur Verfügung. Im Deckungskreis Asylbewerber ist ein Mehrbedarf von 72.500 EUR nötig. Auch die Kosten im Bereich der Sozialbestattungen haben sich erhöht.

Die Aufstellung des Vermögenshaushaltes 2008 gestaltet sich schwierig, da nur wenige neue Investitionen berücksichtigt werden konnten (z. B. 5 Um- und Ausbauten von Kindertagesstätten, Eisenbahnüberführung, Lärmschutzwand).

Herr Hartung und Mitarbeiter bedanken sich für die Aufmerksamkeit. Weitere Information zum Haushalt finden die Stadträte im Vorbericht zum Haushaltsplan (gelbe Seiten) sowie in der DS 0419/07.

Stadtrat Giefers äußert seine Bedenken, dass die Kosten der Unterkunft gesenkt werden können. Dazu informiert Herr Villard, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zwar rückläufig sei, die Kosten der Unterkunft aber nicht. Das sein nicht allein aus der Erhöhung der durchschnittlichen Unterkunfts-kosten zu erklären. Die ARGE kann zurzeit die Gründe für diese Entwicklung nicht plausibel erklären.

Stadtrat Hildebrandt fragt nach, ob die Verwaltung tatsächlich beabsichtige, die 13%-Regelung in der Unterkunftsrichtlinie aufzuheben, obwohl der Ausschuss in der letzten Diskussion seine Bedenken dazu deutlich gemacht und der Stadtrat die Stellungnahme zum Prüfbericht nicht beschlossen hatte. Herr Villard verweist darauf, dass die Änderungen einschließlich die Aufhebung der 13%-Regelung vom Landesrechnungshof angeregt worden sind. Im Übrigen handele es sich bei der Unterkunftsrichtlinie um eine Verwaltungsvorschrift, die im Verantwortungsbereich des Oberbürgermeisters stünde. Er werde jedoch die Fragestellung mitnehmen, ob der Umstand, dass die Stellungnahme zum Prüfbericht vom Stadtrat nicht beschlossen wäre, Grund für eine Neubewertung der Angelegenheit sei.

Stadtrat Ansorge äußert sich kritisch zur Gewerbesteuerprognose.

Herr Pischner interessiert sich für die Förderung des Gehörlosenverbandes, Frau Jürgens berichtet das dieser mit 24.000 EUR gefördert wird. Kürzungen erfolgten im Bereich der Geschäftsstellenförderung.

4.2. Haushaltskonsolidierungsmaßnahme Nr. 115 "Reduzierung
Zuschüsse der AQB/GISE GmbH"
BE: Amt 50, Herr Fahlke
Vorlage: DS0297/07

Die DS0297/07 wird durch Herrn Fahlke erläutert.

Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde die Maßnahme 115 beschlossen. Diese sieht eine stufenweise Einsparung bei den beiden Beschäftigungsgesellschaft AQB und GISE vor. Es wird angestrebt die Einsparungen bei beiden Gesellschaften durch den Einsatz von Mitteln der ARGE Magdeburg zu kompensieren.

Stadtrat Giefers hinterfragt kritisch, an welchen Maßnahmen gespart werden soll und welche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit sich ergeben?

Stadtrat Stage möchte wissen inwieweit Mittel durch die ARGE bereitgestellt werden. Herr Fahlke antwortet, dass die ARGE die Gesellschaften mitfinanziert. Ebenso Maßnahmen des 2. Arbeitsmarktes. Die ARGE wird ihr Gesamtkonzept für 2008 in der nächsten Woche vorstellen.

Auf die Frage von Stadtrat Giefers, ob eine 100%ige Förderung durch die ARGE möglich ist, antwortet Herr Fahlke, dass die Haushaltskonsolidierung wenig Spielraum lässt und inwieweit die ARGE kompensieren kann, ist nicht ersichtlich.

Stadtrat Dr. Reichel möchte wissen ob Maßnahmen wie die Suppenküchen oder Kleiderkammer betroffen sein werden. Herr Fahlke geht davon aus, dass diese Maßnahmen nicht betroffen sein werden.

Stadtrat Ansorge weist darauf hin, dass alle sparen müssen. Der Stadtrat muss Zielvorgaben geben. Ein Positivkatalog muss erstellt werden.

Stadtrat Giefers schlägt vor, die Geschäftsführer beider Gesellschaft in die Oktobersitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses einzuladen. Alle Stadträte stimmen dem Vorschlag zu.

Die Drucksache in ihrer jetzigen Form wird nicht angenommen.

Abstimmungsergebnis: 1 – 2 - 3

- 4.3. Haushaltskonsolidierungsmaßnahme Nr. 113 "Entlastung
Ausgaben Hartz IV (ehemals "Bürgerarbeit")
BE: Amt 50, Herr Fahlke
Vorlage: DS0298/07
-

Herr Fahlke stellt die DS vor.

Er verweist darauf, dass bereits laufende „Bürgerarbeitsprojekte“ fortgeführt, aber unter dem Titel „Bürgerarbeit“ keine neuen Projekte aufgelegt werden. Dennoch werde der Ansatz der ehemaligen Bürgerarbeit weiterverfolgt. So sieht die Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 113 eine Einsparung von 359.100 EURO jährlich durch die Umsetzung eines stadtteilbezogenen Projekts mit dem gleiche Modellansatz wie bei der Bürgerarbeit mit den vorgeschalteten Stufen „intensive Betreuung“, „Profiling“ und „stützende Maßnahmen“ (Beginn noch 2007) vor. Für 2008 ist, wie vorgesehen, der eigentliche Kern des Vorhabens, nämlich die Beschäftigung in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen vorgesehen.

Herr Fahlke informiert, dass das Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ als Alternative ins Spiel gebracht wurde. An das Ministerium und die Regionaldirektion wurde sich bereits gewandt.

Abstimmungsergebnis: 3 – 0 - 3

5. Informationen

- 5.1. Finanzielle Auswirkungen Hartz IV in 2007
 BE: Amt 50
 Vorlage: I0193/07
-

Zu diesem TOP ist Herr Villard anwesend. Er erläutert die Information.

Für Kosten der Unterkunft und Heizung einschließlich Betriebskostennachzahlungen sieht der Planansatz Ausgaben von ca. 75 Mio Euro vor. Die Ausgaben lagen 06/07 bei rund 37,7 Mio Euro. Eine Hochrechnung deutet auf eine Überziehung des Planansatzes hin, wie auch bei den Umzugskosten.

Für die Gewährung von Darlehen für Mietschulden sowie für die Übernahme von Energieschulden ist eine deutliche Untererfüllung der Plansätze zu erwarten. Eine Vielzahl der Klienten begleicht ihre Schulden im Rahmen der Selbsthilfe.

Auszubildende und Studenten haben nach der letzten Änderung des SGB II unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Zuschuss. Da zum Zeitpunkt der Entscheidung die Haushaltsplanung abgeschlossen war, erfolgte hier kein Planansatz.

Der Bunde beteiligt sich seit 01.01.2007 mit 31,2 % an den Kosten der Unterkunft. Die Gesamtausgaben werden schätzungsweise 2007 bei 76,7 Mio Euro liegen. Demgegenüber steht eine Entastung von voraussichtlich 79,7 Mio Euro. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

- 5.2. Stand der Pandemieplanung
 BE: Amt 53
 Vorlage: I0170/07
-

Zum derzeitigen Stand des städtischen Influenza-Pandemieplans, der vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt als Fachaufsichtsbehörde durchgesehen und gebilligt worden war, berichtete Frau Dr. Mielke vom Gesundheitsamt. Verschiedenes wurde diskutiert. Bei neuen Aspekten wird die Pandemieplanung weiter angepasst, so sind z. B. Änderung der Vorgaben seitens des Landes Sachsen-Anhalt zum Vorgehen bei Impfungen zu erwarten.

6. Anträge

- 6.1. Errichtung eines Sozialkaufhauses im Stadtteil Neustädter Feld
 BE: Amt 50, Herr Fahlke
 Vorlage: A0037/07
-

Herr Fahlke äußert sich für die Verwaltung zum Antrag der CDU-Ratsfraktion. Er ist beauftragt bis Oktober eine Stellungnahme zu erarbeiten.

Stadtrat Giebers fragt nach, ob bei den Überlegungen zum Sozialkaufhaus die etablierten Angebote wie Suppenküchen, Kleiderkammern und Möbellager unter den Aspekten von gegenseitiger Ergänzung oder Konkurrenz einbezogen worden sind und macht deutlich, dass es sich bei der Problematik um eine Aufgabenstellung der Sozialplanung handele und regt an, diese in die weiteren Überlegungen einzubeziehen. Stadtrat Ansorge unterstützt diesen Ansatz und rät, dass erst mal die Standortfrage geklärt werden müsse. Herr Villard verweist darauf, dass die Fragestellung nach Ergänzung bzw. Konkurrenz zu bestehenden Angeboten in erster Linie von der konzeptionellen Grundausrichtung des Sozialkaufhauses abhängt. Wenn es diese Angebote nur zusammenfasst, würde es ganz klar eine Konkurrenz sein, wenn es jedoch nach strikt betriebswirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Aspekten ausgerichtet wird, wäre das ein ganz anderer Ansatz.

7. Entwicklung HIV/AIDS-Betroffene in Magdeburg
BE: AidsHilfe Magdeburg e.V., GF Herr Warminsky

Aufgrund der Aktualität und der steigenden Zahlen wurde Herr Warminsky, Geschäftsführer der Aidshilfe Magdeburg e.V. in den Ausschuss eingeladen. Die Aidshilfe definiert seine Hauptaufgaben zum einen als Dienstleister im Bereich der Gesundheitsvorsorge, als politischer, sozialer und gesellschaftlicher Interessenverteter von Menschen mit HIV und Aids und als Ansprechpartner für alle am Thema beteiligten Initiativen, Gruppen, Vereinen, Verbände und Selbsthilfeorganisationen. Die Arbeit der Mitarbeiter ist nicht einfacher geworden. Die Zahl der Betreuungsfälle ist drastisch angestiegen. Nach wie vor ist eine engagierte Präventionsarbeit erforderlich. Jährlich werden u. a. ca. 80 Veranstaltungen (je 4 Stunden) durch die Aidshilfe durchgeführt.

Die Aidshilfe finanziert sich hauptsächlich aus Zuwendungen, Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Durch die Stadt Magdeburg wurde die Aidshilfe bis 2006 mit 4.000 Euro gefördert. 75.000 Euro stellt das Land zur Verfügung. 200.000 Euro sind nötig damit die Präventions- und Betreuungsarbeit stabil laufen kann.

Herr Pischner möchte wissen, ob städtische Gesellschaften die Aidshilfe unterstützen. Unterstützung durch beispielsweise Sparkasse oder Städtische Werke oder Wobau erfolgt nicht, da die Aidshilfe kein „lukrativer Werbepartner“ ist. Herr Warminsky bedankt sich für das Interesse bei den Stadträten.

8. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Altenhilfe"
BE: Stadtrat Dr. Reichel

Eine Sitzung des Arbeitskreises „Altenplanung“ fand nicht statt.

9. Verschiedenes

Anfragen im öffentlichen Teil gab es nicht.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

